

Schulze-Vorstoß: Neue Auflagen für Pflanzenschutzmittel

Auf die Landwirte könnten beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln neue Auflagen zukommen. Geht es nach den Plänen von Bundesumweltministerin Svenja Schulze muss in Zukunft bei der Anwendung von bestimmten Pflanzenschutzmitteln eine sogenannte Biodiversitätsfläche vorgehalten werden. Außerdem sieht Schulze verschiedene Einsatzbeschränkungen für Glyphosat in der Pflanzenschutzmittel-Anwendungsverordnung vor. Der Deutsche Bauernverband (DBV) und der Industrieverband Agrar (IVA) kritisierten den nicht abgestimmten Vorstoß scharf. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner warnte davor, bereits geregelte Zuständigkeiten erneut in Frage zu stellen. Zustimmung kam von den Umweltverbänden. Länderberichte 1

EuRH fordert umweltfreundlichere GAP - Kommission weist die Kritik zurück

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat bezüglich der Reformvorschläge der Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 deutliche Nachbesserungen in Sachen Umweltleistungen angemahnt. Vor allem im Hinblick auf die Umwelt- und Klimaschutzziele der EU fehlt es den Reformplänen nach Ansicht der EuRH-Prüfer an klar definierten Vorgaben. Erforderlich seien ein stärker leistungsgestützter Ansatz und eine verbesserte Rechenschaftspflicht. Die Kommission wies die Kritik der Rechnungsprüfer zurück. Eine Sprecherin erklärte, dass die EuRH-Schlussfolgerungen vorwiegend auf Missverständnissen und „falschen Interpretationen“ der Vorschläge basierten. EU-Nachrichten 1

Neues Verfahren soll Kükentöten beenden - Geflügelhalter mahnen: Noch keine Praxisreife

Einen Durchbruch bei der angestrebten Beendigung des Tötens männlicher Küken hat Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner vermeldet. Die Rewe-Tochter Seleggt entwickelte gemeinsam mit der Universität Leipzig ein nichtinvasives Verfahren zur Geschlechtsbestimmung im Brutei. Den Brütereien soll dieses Verfahren als Dienstleistung kostenneutral zur Verfügung gestellt werden. Geplant ist die Refinanzierung über eine Lizenzgebühr vom Endverkäufer und einem Aufpreis im Verkauf. Der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) warnte indes davor, schon von einer Praxisreife zu sprechen. Wer dies tut, verkennt laut ZDG die tatsächlichen Gegebenheiten in der Wirtschaft. Länderberichte 20

Geld für Dürrehilfen im Forst und Ferkelerzeuger

Eine weitere Aufstockung des Agraretats hat der Haushaltsausschuss in seiner Bereinigungssitzung beschlossen. Insgesamt 25 Mio Euro genehmigten die Abgeordneten über die nächsten fünf Jahre als Dürrehilfen für die Forstwirtschaft. Mit rund 38 Mio Euro soll der Bund in den nächsten beiden Jahren Maßnahmen zur Begleitung des Ausstiegs aus der betäubungslosen Ferkelkastration unterstützen. Gefördert werden sollen vor allem Schulungsmaßnahmen für Landwirte sowie die Anschaffung von Geräten zur Inhalationsnarkose. Die Änderung des Tierschutzgesetzes für die Fristverlängerung haben die Koalitionsfraktionen auf den Weg gebracht. Noch vor Weihnachten könnte der Bundesrat endgültig grünes Licht geben. Mehr Geld soll es 2019 auch für die Ackerbaustrategie und das Energieeffizienzprogramm geben. Erstmals sollen Wanderschäfer im Rahmen eines Bundesprogramms Wolf unterstützt werden. In die Pflicht nimmt der Haushaltsausschuss die Bundesregierung bei der Hofabgabeklausel: Spätestens Anfang 2019 soll eine Nachfolgeregelung stehen. Für mögliche finanzielle Folgen, die sich daraus ergeben, hat der Ausschuss noch keine Festlegungen getroffen. CDU/CSU-Berichterstatter Christian Haase beziffert die Mehrkosten für die Alterssicherung durch eine Abschaffung der Hofabgabeverpflichtung auf rund 48 Mio Euro im Jahr. Beschlossen hat der Ausschuss eine Deckelung der Beitragszuschüsse in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Künftig gilt ein Höchstbetrag von 20 000 Euro pro Unternehmen und Jahr. Für Unternehmen, die mehr als 50 000 Euro pro Jahr erhalten würden, wird der Zuschuss komplett gestrichen. Insgesamt steigt der Agrarhaushalt 2019 auf das Rekordniveau von 6,324 Mrd Euro. Länderberichte 16 und 29